



IBB-Newsletter Nummer 14 vom 04.01.2017

Brieselang 2016 – ein kritischer Rückblick auf die Brieselanger Kommunalpolitik

1. Vier Jahre nach Fertigstellung der Vorholzstraße hat es die Verwaltung geschafft, den Bürgern pünktlich zum Weihnachtsfest die Kostenbescheide zu übersenden. Selbst die Finanzämter kennen diese Zeit des „Weihnachtsfriedens“, wo keine Bescheide zugestellt oder vollstreckt werden. Dieser Anstand ist der Gemeindeverwaltung Brieselang fremd. Da lacht den Anwohnern das Herz vor Freude.

2. Als Schuldner ist die Gemeinde nicht so eifrig. Die Gemeindevertreter haben das letzte Sitzungsgeld als Aufwandsentschädigung für ihre ehrenamtliche Arbeit, die auch mit Kosten verbunden ist, im April 2016 für die Sitzungen Januar bis März 2016 erhalten. Danach hat die Gemeinde diese Zahlungen eingestellt.

3. Die Gemeinde Brieselang hat inzwischen sechs Jahre keinen ordnungsgemäßen Jahresabschluss aufgestellt. Ich frage Sie, liebe Bürger, wer soll heute noch die Jahresabschlüsse aus 2011 oder 2012 als Gemeindevertreter kontrollieren und bewerten? Viele heute aktive Gemeindevertreter waren damals gar nicht tätig und können viele Positionen rechtlich und finanziell nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand nachvollziehen. Garn-System mit Methode.

4. Nehmen wir darüber hinaus zur Kenntnis, dass unser Bürgermeister in großem Umfang Akteneinsichten verweigert, wo von uns festgestellte Mängel aufgeklärt werden müssen, dass Herr Garn inzwischen viele Anfragen nicht mehr beantwortet und ihn die Bürgertermehrheit von Bürger für Brieselang, CDU, SPD und DIE LINKE dabei unterstützt, so können wir als IBB nur die Meinung vertreten, dass es durchaus Diktaturen innerhalb eines demokratischen Rechtsstaates geben kann. Eine parlamentarische Kontrolle dieser Verwaltung und ihres Bürgermeisters Wilhelm Garn ist vollständig ausgeschaltet. Wo es keine Kontrolle mehr gibt, können eine Verwaltung und ihr Bürgermeister machen, was sie wollen.

5. Die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Frau Sabine Cory, beauftragte Anfang 2016 den Bürgermeister mit der Klärung, ob im Amtsblatt Anträge, die von der Mehrheit der Gemeindevertretung abgewiesen werden, überhaupt im Amtsblatt veröffentlicht werden müssen. Man kam nach Gesprächen mit der Kommunalaufsicht zur Erkenntnis, wenn die Gemeindevertretung über Anträge nicht abstimmt, müssen diese nicht veröffentlicht werden. Also verweigerte die Bürgertermehrheit ab diesem Zeitpunkt fast allen Anträgen der IBB die Befassung in der Gemeindevertretung. Der Bürgermeister verweigerte dann die Publizierung unserer Anträge im Amtsblatt. Rechtswidrige CDU-Werbung wurde jedoch im Sommer dieses Jahres im Amtsblatt publiziert.

Die Kommunalaufsicht stellte nach unserer Beschwerde fest, dass die Nichtpublizierung unserer Anträge unzulässig sei, weil die Bürger auch das Recht hätten zu erfahren, womit sich die Gemeindevertreter nicht beschäftigen wollen. Also mussten unsere Anträge im Dezem-

ber nachträglich für das Jahr 2016 im Amtsblatt veröffentlicht werden. Damit war dieses System, politisch Andersdenkende in Brieselang kaltzustellen, ausgereizt.

6. Rund sieben neue Stellen sollen im Rathaus geschaffen werden. Grundlage ist die Prüfung der Verwaltung durch ein unabhängiges Fachbüro für Verwaltungsorganisation. Begründet hat der Bürgermeister diese Stellenschaffung mit der Pflicht zur Fürsorge, da seine Verwaltungsmitarbeiter vollkommen überlastet seien. Dies klingt plausibel, wenn wir den hohen Krankenstand der letzten Jahre betrachten und die zahlreichen Kündigungen wirklich erstklassiger Mitarbeiter. Warum braucht aber ein Bürgermeister für diese Erkenntnis über 10 Jahre und ein externes Beratungsbüro? Das Kind liegt längst im Brunnen - ein Armutszeugnis für den Amtsinhaber Wilhelm Garn als Chef dieser Verwaltung.

7. Beim Bürgermeister soll die Stelle eines Referenten eingerichtet werden, der u. a. die interne Kommunikation der Verwaltung übernehmen soll. Die Innenleitung der Verwaltung ist ein wichtiges Herzstück der Arbeit des Bürgermeisters. Es ist positiv, dass unser Bürgermeister nun versucht, seine Defizite durch einen kompetenten Mitarbeiter auszugleichen. Warum müssen wir Steuerzahler jetzt aber noch für die letzten drei Jahre der Amtszeit von Herrn Garn eine Stelle einrichten, die wichtige Teile seiner Arbeit übernimmt und die seine Nachfolgerin / sein Nachfolger vielleicht gar nicht benötigt?

Christian Achilles hat inzwischen vorgeschlagen, diese Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit einzurichten, damit die Verwaltung über die möglichen Kanäle der Kommunikation die örtliche „Kommunalpolitik“ erklärt. Hier spricht die Erfahrung des Werbe- und Kommunikationsdirektors des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). Werbung verkauft. Nach unserer Meinung soll hier ein Propaganda-Posten geschaffen werden, der faktisch und postfaktisch aus Steuermitteln die dauerhafte Wahlwerbung der Bürgermeisterkoalition gewährt, um auch bei künftigen Wahlen die Macht zu sichern.

8. Die Schaffung von Kitaplätzen hat die Verwaltung vollständig verschlafen, obwohl der ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Soziales, Rico Löwe, schon vor Jahren die Schaffung neuer Kitaplätze angemahnt hatte.

9. Eigeninteressen statt Sozialkompetenz – auch in 2016 wieder: Die Jugendlichen mussten auch 2016 wieder erfahren, dass es keine Skater- und BMX-Bahn gegeben hat. Auch für 2017 wurden bisher keine Haushaltsmittel angesetzt. Wie viele Jahre müssen die Jugendlichen noch warten? Die über ein Jahrzehnt versprochene Skaterbahn wird zur Lachnummer von Wilhelm Garn und seiner „Koalition“.

Anders sieht es aus, wenn die Interessen der Bürger für Brieselang im Vogelviertel auf der Tagesordnung stehen: Mit einem Handstreich wischte Christian Achilles die Empfehlung für eine neue Winterdienstregelung aus dem Ausschuss für Gemeindeentwicklung vom Tisch und regte an, künftig in allen befestigten Anliegerstraßen (also der Straßentyp, in dem er selbst und seine Fraktionskollegen Sabine Cory, Marie-Theres Saremba, Lutz Kriebel wohnen) einen kostenlosen Winterdienst aus Steuermitteln einzurichten, während die Bürger in unbefestigten Straßen sich selbst um den Winterdienst kümmern müssen bzw. Anwohner in verkehrswichtigen Ortsstraßen den gemeindeeigenen Winterdienst anteilig bezahlen müssen.

Nicht so großzügig ist man aber dort, wo die Bürger für Brieselang wohl keine eigenen Interessen mehr haben. Die Kinder dieser Familien scheinen „groß“ zu sein. So gab es aus der Verwaltung für die Kitagebührensatzung zwei Vorschläge mit unterschiedlich hohen Einnah-

men für die Gemeinde. Hier votierten die Bürger für Brieselang mit ihrer Bürgermeistermehrheit selbstverständlich für das Modell, dass die größten Einnahmen zu den finanziellen Lasten der Eltern erzeugt.

10. Als sich Hermes in Brieselang 2016 ansiedeln wollte, wurden im Rathaus kurzfristig wichtige Regelungen im vorhandenen B-Plan für das WWZ Havelland außer Kraft gesetzt um gegen die Interessen der Anwohner am Kanal diese Ansiedlung möglich zu machen. Nach massiven Aktivitäten der IBB gegen die zusätzliche Lärmbelastung zu Lasten der Anwohner am Kanal, wird sich Hermes trotz seiner wichtigen Kunden Zalando und Amazon anderweitig im Havelland ansiedeln.

Wenn es um die Aufrechterhaltung von jahrelang in Brieselang angesiedelten kleinen Betrieben und die Erhaltung von deren Arbeitsplätzen geht, verschleppt die Verwaltung jedoch die Vorgänge. So müssen wir im Gewerbegebiet Bredow-Vorwerk feststellen, wie diese Gemeinde viele Jahre die Anpassung der planungsrechtlichen Grundlagen an die Jahrzehnte tatsächlich vorhandene Flächennutzung verschleppt, und so bis heute keine Rechtssicherheit für die Fortführung dort ansässiger Gewerbe besteht. Aber hier geht es ja auch nur um kleine ortsansässige Familienbetriebe. Vielleicht haben sich diese Firmeninhaber schuldig gemacht, das falsche oder kein Parteibuch zu haben.

Dies alles können Sie in keiner Zeitung nachlesen. Es sind ausgewählte Aspekte Brieselanger Missstände und des Brieselanger Filzes.

Auf unserer Website werden wir in diesem Jahr anfangen, unter Politisches und Rathaus-Fenster die Beispiele für Brieselanger Filz, Vetternwirtschaft und Willkür in einer Sammlung zusammenzustellen. Bitte informieren Sie sich und bilden Sie sich IHRE Meinung. Gern werden Sie Wilhelm Garn, Christian Achilles, Norbert Jütterschenke und Michael Koch dabei unterstützen, ihre Ansicht darzulegen, wenn Sie diese anfragen.

Ihre IBB

Initiative für Bürgerinteresse und Bürgerbeteiligung e.V.
ViSdP: Ralf Heimann, Zilleweg 39, 14656 Brieselang